



## Anfrage

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AF/0081/2015		<b>Datum:</b>	09.07.2015	
<b>Verfasser:</b>	01-CDU-Ratsfraktion	<b>Az:</b>			
<b>Gremienweg:</b>					
24.07.2015	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
TOP                      öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen		
<b>Betreff:</b> <b>Anfrage der CDU-Ratsfraktion: Möglichkeit der Beschäftigung von Flüchtlingen</b>					

Für einen erheblichen Anteil der Flüchtlinge gestaltet sich die Integration in den so genannten „ersten Arbeitsmarkt“ schwierig bis aussichtslos. Diesen Menschen fehlt somit die Perspektive einer gelingenden Integration in unsere Gesellschaft, was besonders für die Betroffenen selbst nicht zufriedenstellend ist. Durch das Angebot einer sinnvollen Beschäftigung würde eine „win-win-Situation“ entstehen: Den arbeitswilligen Flüchtlingen würde eine Aufgabe gegeben, ihr Leben erhielte dadurch eine Struktur (Arbeitswoche) und sie müssten sich nicht mehr damit abfinden, nur Empfänger von Sozialleistungen zu sein, ohne eine Gegenleistung erbringen zu können. Dies ist ein Aspekt der Menschenwürde.

Für die Gesellschaft würden Leistungen erbracht, die aufgrund der finanziellen Situation sonst nicht in wünschenswertem Ausmaße möglich sind, so sind z. B. Klagen aus der Bevölkerung über nicht ausreichend gepflegte Friedhöfe an der Tagesordnung. Außerdem würde eine solche Maßnahme die Akzeptanz der Flüchtlinge bei der einheimischen Bevölkerung erhöhen.

Die CDU-Fraktion fragt:

1. Inwieweit ist es möglich, die Flüchtlinge auf freiwilliger Basis als ehrenamtliche Arbeitskräfte in Anlehnung an § 16d SGB II in den städtischen Eigenbetrieben (z. B. EB 67 Grünflächen- und Bestattungswesen) bzw. bei lokal tätigen Vereinen einzusetzen?
2. Welche Kosten, z. B. für notwendige Versicherungen, kämen dadurch auf die Stadt zu?